

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

14. März 2016

Afghanistan

Militärische Auseinandersetzungen

In der vergangenen Woche gab es Auseinandersetzungen u.a. in den Provinzen Nangarhar, Kunar (Osten), Ghazni (Südosten), Helmand (Süden), Kunduz, Baghlan (Nordosten), Balkh (Norden), Kapisa (Zentrum), Herat (Westen).

Anschläge und Übergriffe

Am 07.03.16 starben drei Zivilisten bei der Explosion einer an der Straße versteckten Bombe im Distrikt Shindand der westlichen Provinz Herat. In diesem Distrikt gab es mehrtägige schwere Kämpfe zwischen rivalisierenden Talibanfraktionen, bei denen über 200 Menschen ums Leben gekommen sein sollen.

Am 08.03.16 töteten Taliban im Distrikt Maiwand der Provinz Kandahar (Süden) zwei Minenräumer.

Am 09.03.16 entführten Taliban in Sar-i-Pul (Norden) elf Zivilisten, angeblich Anhänger der Regierung. Sie wurden nach drei Tagen freigelassen.

Am 13.03.16 schossen Unbekannte in der Stadt Kandahar drei Zivilisten auf offener Straße nieder, zwei starben.

Am 14.03.16 wurde eine Mitarbeiterin der Passbehörde in Kandahar erschossen.

Ehrenmorde

Am 12.03.16 wurde im Distrikt Khwaja Sabzposh der nördlichen Provinz Faryab ein junges Paar getötet, vermutlich wegen einer unerlaubten sexuellen Beziehung. Die Täter waren wohl Familienmitglieder mit Unterstützung durch Taliban.

Regierung will Zivilisten bewaffnen

Die afghanische Regierung plant Bürgerwehener („Aufstandskräfte“) in der Provinz Nangarhar (Osten). Hier versucht der IS seit längerer Zeit, Fuß zu fassen. Es kommt seit Monaten zu schweren Kämpfen zwischen IS, Taliban und Sicherheitskräften.

Syrien

Weitere Friedensgespräche geplant

Am 14.03.16 sollen in Genf die Friedensgespräche zwischen der syrischen Regierung und der Opposition fortgeführt werden, deren Ziele die Bildung einer Übergangsregierung und eine neue Verfassung für Syrien sind. Am 11.03.16 hatte das in der saudischen Hauptstadt Riad ansässige Hohe Verhandlungskomitee der Regimegegner (HNC) mitgeteilt, es stelle keine Vorbedingungen für die Verhandlungen. Auf der Tagesordnung sollen nach Wunsch des UN-Sondervermittlers Staffan de Mistura auch die Wahl eines neuen Präsidenten und eines Parlaments unter UN-Aufsicht in spätestens anderthalb Jahren stehen. Die syrische Regierung wies die Wahlpläne des UN-Sondervermittlers zurück. Weitere Probleme drohen, denn Russland verlangt die Einbeziehung der Kurden in die Verhandlungen. Dies lehnen die Rebellen ab, weil die auch vom Westen unterstützten Kurden eher mit der Regierung kooperieren. Die arabischen Golfmonarchien, die die Opposition unterstützen, erklärten die auf Seiten der Regierung kämpfende libanesische Schiitenmiliz Hizbollah zu einer Terrororganisation, was die Einbeziehung in eine Regelung erschwert.

Die Genfer Friedensgespräche waren Anfang Februar 2016 ausgesetzt und ihre Wiederaufnahme mehrfach verschoben worden. Seit zwei Wochen gilt in Syrien eine von den USA und Russland ausgehandelte Waffenruhe, die trotz regelmäßiger Verstöße bisher weitgehend eingehalten wird. Ausgenommen von der Waffenruhe ist die Bekämpfung der Islamistentruppen des IS und der Jabhat al-Nusra (JN).

Jemen

Weiterhin Kämpfe

Bei einer Offensive regierungstreuer Einheiten gegen Aufständische wurden in der Nähe der Stadt Taes (Südwesten, drittgrößte Stadt Jemens) am 11.03.16 mindestens 57 Menschen getötet, darunter 37 Rebellen, sechs Zivilisten und 14 regierungstreue Kämpfer. Der Regierungsseite gelang mit Unterstützung der saudischen Luftwaffe die Rückeroberung von Straßen. In der Nacht zum 13.03.16 wurden in der Hafenstadt Aden mindestens 17 Aufständische (al-Qaida-Kämpfer) getötet. Mindestens 20 Zivilisten und Aufständische sowie drei Sicherheitsberater wurden verletzt. Nach UNO-Angaben kamen seit März 2015 mehr als 6.100 Menschen im Konflikt um. Im Jemen kämpfen Truppen des sunnitischen Präsidenten Abd Rabbo Mansur Hadi – unterstützt durch eine von Saudi-Arabien angeführte Militärallianz – gegen schiitische Houthi-Rebellen und deren Verbündete sowie gegen den IS.

Libanon

Arabische Liga erklärt Hizbollah zur Terrororganisation

Am 11.03.16 erklärte die Arabische Liga die libanesische Hizbollah zur Terrororganisation. Libanon, Algerien und der Irak unterstützen die Erklärung nicht. Israel, die USA und Kanada hatten die Organisation bereits als terroristische Organisation eingestuft. Von Seiten der EU wird lediglich der militärische Arm der Hizbollah als Terrorgruppe eingestuft. In Deutschland steht die Hizbollah als islamistische Organisation unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes.

Irak

Weiterhin Gewalt

Auch im 13. Jahr nach der US-Militärinvasion ist der Irak von Terroranschlägen und Gewalttaten geprägt. Nach Angaben der „United Nations Assistance Mission for Iraq“ (UNAMI) kamen allein im Februar 2016 mindestens 670 Menschen durch Terroranschläge, Gewalttaten oder bewaffnete Auseinandersetzungen ums Leben, mindestens 1.290 Personen wurden verletzt.

IS zieht sich aus Rutba zurück

Nach Angaben aus Kreisen der irakischen Armee vom 13.03.16 zog sich der IS vollständig aus der Wüstenstadt Rutba in der westlichen Provinz Anbar zurück und rückte in Richtung al-Kaim ab. Diese IS-Hochburg liegt weiter nördlich in Anbar an der Grenze zu Syrien.

Türkei

Anschlag in Ankara

Bei einem Autobomben-Anschlag im Zentrum Ankaras wurden nach Medienberichten am Abend des 13.03.16 mindestens 37 Menschen getötet und 125 verwundet, mehrere Personen schweben noch in Lebensgefahr. Ein oder zwei Selbstmordattentäter brachten ihr mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug in der Nähe des zentralen Kizilay-Platzes an einer belebten Bushaltestelle zur Explosion. Bisher hat sich noch niemand zur Tat bekannt. Innenminister Ala erklärte, es lägen bereits erste Erkenntnisse vor. Dies war der dritte Terroranschlag in Ankara seit Oktober 2015.

Militäroffensiven beendet

Das türkische Militär erklärte am 08.03.16 nach knapp drei Wochen seinen Einsatz in der südosttürkischen Stadt Idil gegen die PKK für beendet. Die Ausgangssperre bleibt in Kraft. Kurz zuvor wurden bei Gefechten zwölf PKK-Kämpfer und sechs Sicherheitskräfte getötet. Insgesamt sollen im Verlauf des Einsatzes 114 PKK-Kämpfer getötet worden sein.

Am 09.03.16 erklärte die Armee auch die Offensive gegen die PKK in Diyarbakir für beendet, die im November 2015 begonnen hatte. Auch dort besteht die Ausgangssperre im Stadtbezirk Sur fort. Nach Regierungsangaben wurden bei den Kämpfen 271 Aufständische getötet. Über 50.000 Einwohner waren vor den Auseinandersetzungen aus der Stadt geflohen.

Tunesien

Islamistischer Angriff

Am 07.03.16 starben bei Angriffen auf eine Kaserne und Sicherheitskräfte in der Stadt Ben Guerdane (nahe der Grenze zu Libyen) nach Behördenangaben 28 IS-Kämpfer, zehn Sicherheitskräfte und sieben Zivilisten. Der Grenzübergang wurde geschlossen und eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Nach Angaben des Innenministeriums sollen die Angreifer des IS in koordinierten Attacken vor Sonnenaufgang gegen die Kaserne in Ben Guerdane sowie Posten von Nationalgarde und Polizei vorgegangen sein. Die Soldaten brauchten mehrere Tage, um den Angriff zurückzuschlagen. Noch am 09.03.16 kam es zu Schießereien bei denen insgesamt mehr als 40 Angreifer starben. Die Regierung vermutet, dass der IS damit einen ersten Brückenkopf auf tunesischem Staatsgebiet schaffen wollte.

Niger

Opposition boykottiert zweite Runde der Präsidentenwahl

Das Oppositionsbündnis „Coalition Pour une Alternance“ kündigte am 08.03.16 einen Boykott der Präsidentschaftsstichwahl am 20.03.16 an. Der Oppositionskandidat Amadou wird demnach nicht antreten, zudem wird das Bündnis seine Mitglieder aus der Wahlkommission abziehen. Grund ist die Inhaftierung Amadous sowie die ausstehende Veröffentlichung des Ergebnisses der ersten Wahlrunde.

Côte D'Ivoire

Viele Tote bei Überfall auf Hotels

Im Urlaubsort Grand Bassam, einem Wochenendausflugsziel rund 40 Kilometer östlich der Wirtschaftsmetropole Abidjan, griff das Terrornetzwerk al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI) drei Hotels an. Mindestens 20 Menschen starben, darunter sechs Attentäter.

In den vergangenen Monaten waren bei ähnlichen Überfällen auf Luxushotels in den Nachbarländern Mali und Burkina Faso bereits Dutzende getötet worden. Experten warnten damals, islamistische Angriffe könnten auch Côte d'Ivoire und den Senegal treffen.

Benin

Präsidentenwahlen: Stichwahl notwendig

Bei den Präsidentenwahlen vom 06.03.16 errang keiner der 33 Kandidaten eine absolute Mehrheit, sodass es am 20.03.16 zu einer Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten, dem Premierminister Lionel Zinsou und dem Geschäftsmann Patrice Talon (28 % bzw. 25 % der Stimmen) kommt. Der amtierende Präsident Thomas Boni Yayi kandidierte nach zwei Amtsperioden verfassungsgemäß nicht mehr. Die ursprünglich für den 28.02.16 geplante Wahl war wegen Problemen bei der Verteilung der Wählerkarten verschoben worden. Wahlbeobachtern der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS zufolge verlief die Abstimmung frei und transparent.

Burundi

Oppositionsführer in Haft

Die Polizei nahm am 09.03.16 Hugo Haramategeko aus unbekanntem Gründen fest. Er ist Präsident der Partei „Neue Allianz für die Entwicklung Burundis“ (Nadebu) und einer der wenigen führenden Oppositionellen, die nicht im Exil leben.

Albanien

Sorge vor neuer Flüchtlingsroute

Nachdem die Westbalkan-Route für Flüchtlinge faktisch geschlossen ist, befürchtet Albanien, dass es zu einer starken Flüchtlingsbewegung über die Adria in Richtung Apulien (Italien) kommen könnte. Italien will ab 15.03.16 Grenzpolizisten nach Albanien zur Stärkung der Grenzkontrollen entsenden. Albanien will seine Grenzen nicht öffnen. Es hat bereits die beiden wichtigsten Grenzübergänge zu Griechenland mit Personal verstärkt.

Serbien/Kosovo

Hochwasser

Wegen schwerer Überschwemmungen infolge heftiger Regenfälle erklärte Serbien am 11.03.16 den Notstand für mehrere Gemeinden im Westen, Süden und Zentrum. Mehr als 700 Häuser standen unter Wasser, hunderte Menschen wurden evakuiert. Mittlerweile hat sich die Situation entspannt.

Schon 2014 kämpfte Serbien mit schweren Hochwassern. Damals starben mehr als 50 Menschen, 485 Häuser wurden komplett zerstört. Es entstanden Schäden in Millionenhöhe.

Auch in Kosovo kam es zu Überschwemmungen. Betroffen sind mehrere Orte im Bezirk Pec. Ein Mann starb in den Fluten.

Kosovo

Proteste und Brandanschläge

Am 12.03.16 wurde auf das Präsidentenbüro ein Brandanschlag verübt, verletzt wurde niemand. In den vergangenen Wochen kam es immer wieder zu Brandanschlägen auf Fahrzeuge von Regierungsmitgliedern. Am 10.03.16 gab es erneut eine Tränengasattacke im Parlament. Die Opposition läuft seit Monaten Sturm gegen ein EU-vermitteltes Abkommen aus dem Jahr 2013, das der serbischen Minderheit mehr Rechte zugesteht. Immer wieder wird die Parlamentsarbeit blockiert und gegen die Regierung protestiert.